



Ausschuss für Kommunalpolitik

139. Sitzung (öffentlich)

25. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Konsequenzen aus dem jährlichen Schwarzbuchbericht des Bundes der Steuerzahler: Kommunales Baumanagement in Nordrhein-Westfalen – Sachstand und Optimierungsmöglichkeiten **6**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4510

In Verbindung mit:

Gespräch mit dem Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, Herrn Werner Haßenkamp

Dem Bericht des Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt NRW schließt sich eine kurze Diskussion an.

2 Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) 12

Vorlage 16/4116

Vorlage 16/4130

Ausschussprotokoll 16/1510

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik votiert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten dafür, den Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP) anzunehmen.

3 Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 24Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/13260

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4509

Vorlage 16/4503 (*erbeten für den Innenausschuss*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13260 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

4 Entwurf einer Verordnung über eine Kostenausgleichsregelung für durch das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen entstandene kommunale Belastungen (Kostenausgleichsverordnung Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG-KoV NRW) 26

Vorlage 16/4444

Der Ausschuss wird zur Verordnung angehört.

5 Gesetz zur Stärkung des Kreistags 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

Die Auswertung der Anhörung soll erst nach Vorlage des entsprechenden Anhörungsprotokolls erfolgen.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländerinnen) 29

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13314

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik votiert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP dafür, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten Drucksache 16/13314 anzunehmen.

7 Wie ernst nimmt die Landesregierung das Konnexitätsprinzip – Gilt „wer bestellt, der zahlt“ nicht bei der Hygieneampel? 35

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4470

Zuschrift 16/995 (Städtetag NRW und Landkreistag NRW)

Der Ausschuss diskutiert und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Sachstandsbericht zum Flüchtlingsaufnahmegesetz 2016/2017 37

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4511 (Neudruck)

Der Ausschuss diskutiert und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9	Verschiedenes	40
	a) Bekanntgabe eines Anhörungstermins	40
	b) Vorratsbeschluss für eine schriftliche Anhörung	40
	c) Vorratsbeschluss für eine Anhörung	40

* * *

3 Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/13260

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4509

Vorlage 16/4503 (*erbeten für den Innenausschuss*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Stefan Kämmerling teilt mit, dieser Gesetzentwurf liege seit der plenen Überweisung am 9. November 2016 in der Federführung des AKo. Die Obleute der Fraktionen hätten sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Gesetzentwurf zügig zu beraten. Auf Wunsch der Piratenfraktion habe die Landesregierung zur einzigen Beratung im AKo mit Vorlage 16/4509 auch einen ergänzenden Bericht vorgelegt, der dem Ausschuss vorab am 22. November 2016 per Mail zur Verfügung gestellt worden sei. Zudem liege mit Vorlage 16/4503 ein Bericht der Landesregierung vor, der von der Piratenfraktion für die Befassung mit dem Gesetzentwurf im mitberatenden Innenausschuss am 24. November 2016 erbeten worden sei. In seiner gestrigen Sitzung habe dieser entschieden, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Nun folge verabredungsgemäß die einzige Befassung mit dem Gesetzentwurf im AKo.

Frank Herrmann (PIRATEN) dankt für den Bericht, vor allem für die Hinweise auf Änderungen im Kommunalwahlgesetz und die Ankündigung, dass vor der nächsten Wahl eine erneute Überprüfung und ein Bericht folgen würden.

Wie bereits am Vortag im Innenausschuss ausgeführt, wären mehr Informationen über Erfahrungen der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz wünschenswert gewesen. Dies sei jedoch nicht der Fall, obgleich man bei der Beantragung des Berichts darauf hingewiesen habe.

Christian Dahm (SPD) meint, das Gesetz werde einen wesentlichen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten, wie ihn auch die CDU-Fraktion immer fordere. Die Berichte, insbesondere der zum Kommunalwahlgesetz, bei dem es sich um eine Daueraufgabe handele, seien entbehrlich. Die SPD-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Henning Höne (FDP) würde es begrüßen, wenn die regierungstragenden Fraktionen den Bürokratieabbau auch in vielen anderen wichtigen Bereichen etwas ernster nähmen und nicht einfach auch regelmäßig anstehende Überprüfungen einbezögen. SPD und Grüne entschieden sich mittlerweile bei vielen Gesetzen dafür, die Befristung aufzuheben. Diesen „Trend“ lehne die FDP ab. Zumindest unter der Führung von Peer Steinbrück habe die SPD Gesetze grundsätzlich befristet und mit einer regelmäßigen Berichtspflicht belegen wollen. Um eine gewisse Entlastung zu erreichen, könne man

über die Berichtsabstände streiten. Allerdings sollte man nicht behaupten, man bräuchte für immer und ewig keine Berichte mehr. Kurze, aktuelle Berichte ließen sich auch ohne großen Aufwand erstellen. Grundsätzlich sollte sich Politik regelmäßig und systematisch auf der gesamten Bandbreite hinterfragen.

Jutta Velte (GRÜNE) kündigt namens ihrer Fraktion an, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Berichtspflichten würden nicht verletzt, sondern nur entbürokratisiert. Und das sei gut so.

Wie der Bericht zum Kommunalwahlgesetz zeige, könnten auch kurze Berichte inhaltlich gut sein, so **Frank Herrmann (PIRATEN)**. Seine Fraktion sei grundsätzlich für die Pflicht zur Berichterstattung, über die die Legislative Mitteilungen der Exekutive erhalte. Wie kurz oder lang ein Bericht ausfalle, entscheide der Berichtersteller.

Aus den genannten Gründen würden sich die Piraten hier enthalten.

Vorsitzender Stefan Kämmerling lässt abstimmen.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13260 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

Das Plenum werde sich auf der Grundlage dieser Beschlussempfehlung in einer zweiten Lesung mit dem Gesetzentwurf beschäftigen, so **Vorsitzender Stefan Kämmerling** abschließend.